

# Schweizerzeit

*Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit*

«*Ja zur Schweiz*»

*Willkommen im Illusionstheater*

2

*Eine brandgefährliche Ausnahme*

10

*Political Correctness*

14



Merkels Erbe und die grosse Lüge

# Willkommen im Illusionstheater der neuen Klima-Regierung

von Dr. Bruno Bandulet, Goldexperte, Journalist und Buchautor, u.a. Herausgeber des «Deutschland-Briefes»

Die Grünen und Gelben sind noch nicht einmal an der Macht, da basteln sie schon an ihrem Narrativ. Das ist eine mit Wort-hülsen gespickte Erzählung, sprich Propaganda. Damit sollen die Wähler, die in den nächsten vier Jahre nichts zu sagen haben, in Staunen und Ehrfurcht versetzt werden.



Und schon fast vergessen ist das «Entfesselungspaket», das uns Armin Laschet beschereu wollte. Er meinte damit, die Wirtschaft müsse von den Fesseln der Bürokratie befreit werden, vergass aber zu erwähnen, dass die Mehrzahl der Fesselungsgesetze in Brüssel ausgebrütet und dann nach Berlin geschickt wird, wo sie unweigerlich in deutsche Rechtsake gegossen werden. Solange Deutsch-

land in der EU verbleibt, oder solange diese nicht an Haupt und Gliedern reformiert wird, gibt es hierzulande wenig zu entfesseln.

## Fortschrittliches Zentrum?

Auffallend kreativ ist die FDP, die zum ersten Mal nicht das einzige Zünglein an der Waage spielen darf, sondern nur eines von zweien. Mit Blick auf den grünen Wunschpartner, den anderen Kanzlermacher, verkündete sie eine «Modernisierungs-Koalition», oder noch besser: ein «fortschrittliches Zentrum». So sprach der Marketingexperte Christian Lindner, der sich das Kunststück zutraut, Liberalismus und Ökosozialismus unter einen Hut zu bringen.

## Eine etwas andere Modernisierung

Unterdessen scharrt der linksradikale Flügel der SPD, der ein paar Monate lang verstummt war, heftig mit den Füssen. Dessen Vorstellung von Modernisierung ist eine etwas andere. Walter-Borjans attestierte der FDP schon einmal «Voodoo-Ökonomie». Zusammen mit Kevin Kühnert, dem früheren Juso-Vorstand, sammelt er seine Truppen.

Immerhin belegt die SPD mit 206 Abgeordneten 53 mehr Bundestagssitze als 2017, und ein Viertel der Parlamentarier ist jünger als 30. Helmut Schmidt muss so etwas gehaut haben, als er einmal sagte, dass Leute, die ohne Berufserfahrung in die Politik gehen, ihm «gestohlen bleiben» könnten. Der neue Bundestag, das zweitgrösste Parlament der Welt nach dem chinesischen Volkskongress, wird sich als gärer Haufen präsentieren. Das Publikum und der nächste Kanzler in der Rolle des Dompteurs werden ihren Spass haben.

## Deutschland erneuern?

Nach eigenem Bekunden wollen die Akteure Deutschland erneuern und den Status quo überwinden – so, als könnten sie das Erbe, das Merkel hinterlässt, einfach abräumen. In Wahrheit ist nichts beharrlicher als der Ist-Zustand, an dem die Regierungsparteien (auch die FDP war zeitweise dabei) zusammen mit ihrem informellen Koalitionspartner, den Grünen, 16 Jahre lang gearbeitet haben. Die Chance ist gross, dass die Merkel-Nach-



**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: info@zanettispecialita.ch  
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

**CH-MALERARBEITEN**

**Marcel Bärtschiger**

**079 / 628 18 49**

**Luzern/  
Zug/  
Zürich**



folger erst einmal gegen die Wand fahren müssen, bevor etwas Neues entstehen kann.

### Klimapolitik auf dem Prinzip Hoffnung

Die Grünen proklamieren eine «Klima-Regierung». Sie können sich immerhin auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes stützen, das alles dem Ziel der «Klima-Neutralität» unterordnet und damit das gute alte Grundgesetz im Handstreich ausgehebelt hat. Nur wird hier mit einer grossen Lüge gehandelt: Nicht nur ist deutsche Klimaneutralität unerreichbar, und selbst wenn sie es wäre, würde das bei einem deutschen Anteil an den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen von weniger als zwei Prozent nichts am Weltklima ändern.

Die in Berlin massgeblichen Politiker glauben tatsächlich, wir könnten uns dreifache Fixkosten leisten – die Investitionen in Wind und Solar, deren Anteil am deutschen Endenergieverbrauch nicht einmal sieben Prozent erreicht hat; dann die noch abzuschaltenden konventionellen Kraftwerke, die gebraucht werden, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint; und schliesslich die noch nicht vorhandenen Grossspeicher.

### Ein böses Erwachen

Mit den ersten flächendeckenden Stromausfällen, den Stromabschaltungen und Stromzuteilungen wird es ein böses Erwachen geben. Der Eon-Chef Leonhard

## LACHEN VERBOTEN!



hf. Berlin im Spätherbst. Am Spreeufer in der Nähe des Hauptbahnhofs hat sich ein Bettler mit seinem Hausrat samt Hund niedergelassen und wartet auf Kundschaft. Ich gebe ihm zwei Euro und sage wegen des gerade einsetzenden Regens: «Nicht gerade angenehm bei diesem Wetter.» – «Ja, stimmt, ich mach' auch gleich Feierabend», erwidert er.

Birnbaum weiss, dass die deutsche Klimapolitik auf Illusionen und auf dem Prinzip Hoffnung beruht – und er sagt es auch. Er prognostiziert eine bevorstehende Kostenlawine, die immer noch verdrängt wird, und grosse Risiken für den Industriestandort Deutschland. «Ich könnte Ihnen genug Industrien und Branchen aufzählen, die wir schon ins Ausland vertrieben haben», sagte er der «FAZ» vom 15. September.

Wer das alles nicht glaubt, braucht sich nur die aktuellen Verhältnisse am Energiemarkt anzuschauen. Auch der ist global, und der deutsche Einfluss ist gleich Null. Weil der letzte Winter kalt war und der Sommer windarm, weil die Chinesen wieder mehr Strom verbrauchen, weil Asien und Brasilien mehr Flüssiggas importieren, explodierten in diesem Jahr

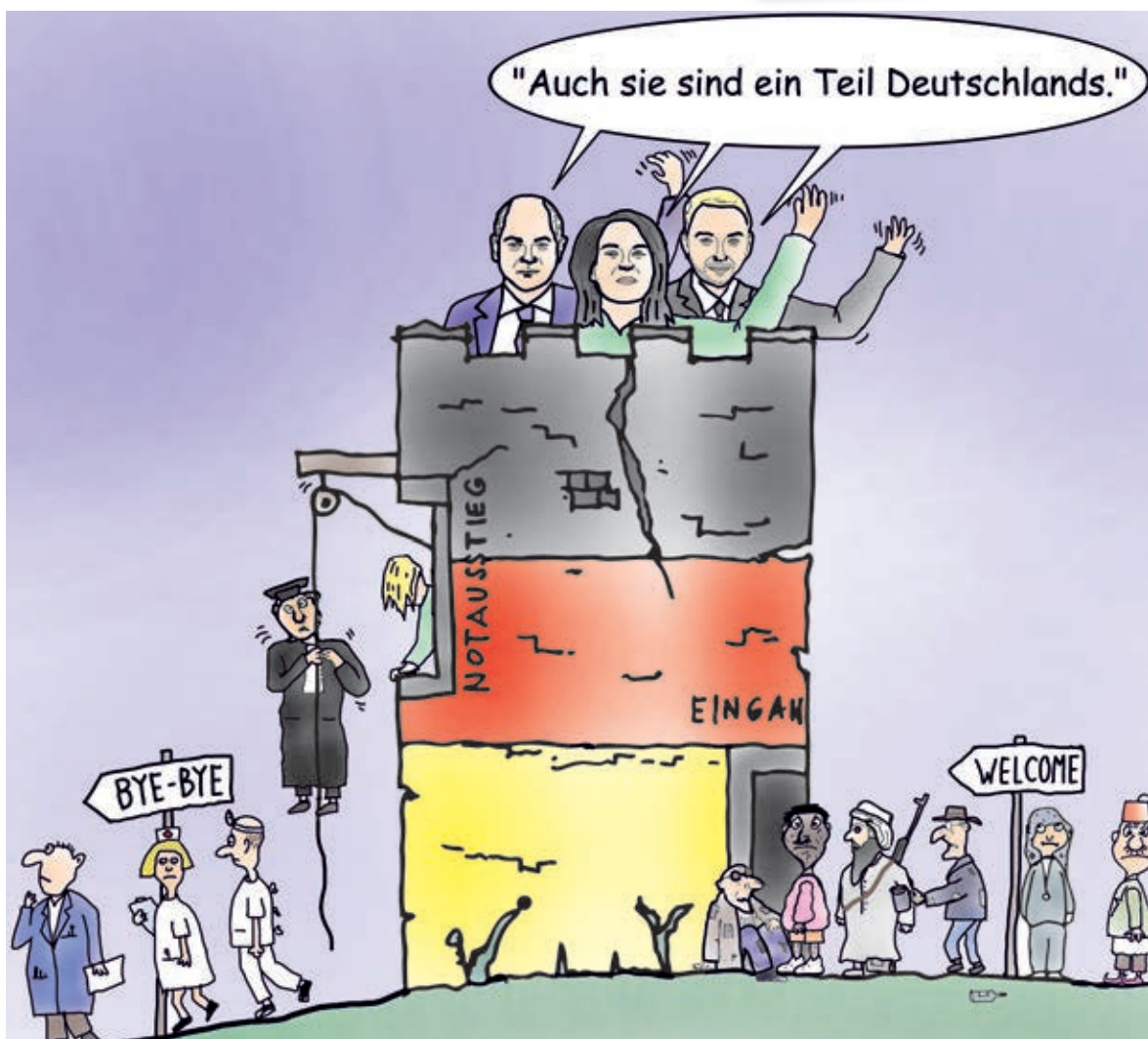
Fortsetzung auf Seite 4

*Die Unqualifizierten sind  
willkommen –  
die Qualifizierten gehen.*

oder

*«Denk' ich an Deutschland  
in der Nacht, so bin ich um  
den Schlaf gebracht.»  
(Heinrich Heine, 1797–1856)*

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl



die Gaspreise und mit ihnen die Kohle- und Ölpreise, ebenso die Preise der CO<sub>2</sub>-Zertifikate und die Strompreise.

Die Lehre aus der Energiekrise 2021 lautet: Der zur Verfügung stehende Energiemix kann gar nicht breit genug sein kann, die Lage an den Märkten kann schnell und unvorhersehbar ändern, und Sicherheitspuffer sind unerlässlich.

#### Olav Scholz' «mittelfristige Finanzplanung»

Auch hier hinterlässt die schwarz-rote Regierung Merkel unschöne Verhältnisse. 2020 nahm der Bund Nettokredite in Höhe von 131 Milliarden Euro auf. 2021 werden es 240 Milliarden sein, und für 2022 sind 100 Milliarden geplant. Danach soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wieder greifen. Finanzminister Olaf Scholz, einer der Hauptdarsteller im Illusionstheater, hat sich dazu etwas einfallen lassen.

Er nennt es «mittelfristige Finanzplanung». Danach sollen die Ausgaben für Verkehr und Digitales bis 2025 um 20,8 Prozent schrumpfen, jene für Wirtschaft und Energie um 16,5 Prozent und jene für Entwicklungshilfe um 21,8 Prozent – alles verglichen mit 2021. Selbst der Wehretat wird bis 2025 nominal um 0,4 Prozent reduziert, real – nach Inflation – voraussichtlich um einen zweistelligen Prozentsatz.

Wie soll das gehen? Scholz präsentiert eine Fiktion: Falls die Steuern nicht erhöht werden, müsste der Wildwuchs der Subventionen radikal ausgeglichen werden. Aber auch das wird ebenso wenig geschehen wie der längst überfällige Bürokratieabbau oder die Vereinfachung des Steuersystems. Wir dürfen gespannt sein, welche Tricks sich die künftige Regierung einfallen lässt. Jedenfalls wird aus Lindners Idee nichts werden, die Industrie möge doch bitte selbst die Kosten der Energiewende übernehmen.

#### Schuldenunion – es wird schon gutgehen

Kein Thema im zurückliegenden Wahlkampf war auch die ähnlich desolante Lage der Europäischen Währungsunion. Noch streiten die Politiker darüber, ob der Stabilitätspakt reformiert werden soll und wie. Dabei ist er längst passé. Im ersten Quartal 2021 haben die griechischen Staatsschulden im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt 209,3 Prozent erreicht, die italienischen 160, die spanischen 125,2 und die französischen 118 Prozent. Die in den Verträgen verlangten 60 Prozent liegen in weiter Ferne.

Noch hält die Eurozone zusammen, weil die Europäische Zentralbank wie besinnungslos Geld druckt und weil die Akteure an den Finanzmärkten darauf bauen, dass der immer noch solvente Zahlmeister Deutschland im Notfall die Rechnung über-

## Nur selten Lohndiskriminierung

Unzensuriert



Zum 50 Jahre-Jubiläum des Frauenstimmrechts wird eine immer noch fehlende Lohngleichheit angeprangert. Der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern beträgt nach amtlichen Analysen brutto rund zwanzig Prozent, davon seien 8,1 Prozent nicht erklärbar und deshalb diskriminierend.

Das Gleichstellungsgesetz (GlG) verpflichtet heute Unternehmen mit mehr als hundert Mitarbeitenden zu einer Lohngleichheitsanalyse. Inzwischen liegen erste Ergebnisse vor: Gemäss einer Analyse des Competence Centre for Diversity&Inclusion (CCDI) der Universität St. Gallen halten 97 Prozent der Unternehmungen das GlG ein. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die in Lohngleichheitsanalysen führende Unternehmung Comp-on. Demnach erfüllen von 200 geprüften Unternehmen 95 Prozent die gleichstellungsrechtlichen Vorgaben.

Gemäss diesen neuen Analysen gibt es hierzulande nur selten Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts – eigentlich ein Grund zum Feiern. Doch nichts dergleichen: Die Ergebnisse fanden bestenfalls für wenige Tage Eingang in die Medien, eine echte öffentliche Debatte fand nicht statt. Die Gewerkschaften Travail.Suisse und Unia

kritisierten die Studien sogar als «nicht repräsentativ», da sie nur Unternehmen mit mehr als hundert Mitarbeitenden erfassten.

Weshalb diese Geringschätzung? Der Fokus auf Unternehmen mit über hundert Mitarbeitenden ist im GlG selbst vorgesehen. Es ist sinnfrei, eine Analyse basierend auf gesetzlichen Vorgaben just wegen dieser Vorgaben zu kritisieren. Hätten die Studien eine Lohngleichheit von über 8,1 Prozent behauptet, würden sich Gewerkschaften und Gleichstellungsbüros wohl weniger an methodischen Formalien stören und stattdessen dringliche Aktionspläne fordern. Mein Verdacht: Schlechte Nachrichten betreffend Gleichstellung bedeuten politischen Handlungsbedarf, und das bedeutet staatliche Stellen und Gelder. Fürchten Verbände und Gleichstellungsbeauftragte um eigene Privilegien, wenn sich herausstellt, dass die so oft gescholtene Wirtschaft ihre Hausaufgaben gemacht hat?

Bestehende Stereotypisierungen müssten bekämpft werden, hören wir allenthalben von Gleichstellungsbeauftragten. Das muss aber auch gelten, wenn Thesen von Gleichstellungsbüros selbst stereotype Vorurteile einer angeblich reaktionären Gesellschaft bedienen.

Patrick Freudiger

nimmt. Auch der sogenannte Wiederaufbaufonds der EU im Volumen von 750 Milliarden Euro ist gesamtschuldnerisch konstruiert. Die EZB operiert schon längst im Ausnahmezustand. Wäre es nicht so, bestünde keine Notwendigkeit für Null- und Negativzinsen oder für die (verbotene) Staatsfinanzierung durch die Notenbank. Die EZB kann nicht mehr tun, als die griechische, italienische oder französische Staatsschuldenkrise zu verschleppen.

Über Alternativen wollen die Berliner Koalitionen nicht einmal nachdenken. Sie sind doch alle gute Europäer. Deutschland wird der letzte sein, der aussteigt. Das sind wir unserer Vergangenheit schuldig.

### Betrug an den Jungen

Das Problem mit den Renten hingegen kann Berlin noch vier Jahre lang schleifen lassen. Zwar ist derzeit die Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren die grösste, zwar werden die Babyboomer im Verlauf der zwanziger Jahre nach und nach in Rente gehen, zwar lässt sich die Realität noch eine Zeitlang ausblenden – aber schon in der nächsten Legislaturperiode muss entweder das Rentenniveau abgesenkt werden oder die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt müssen steigen. Sie schlagen schon jetzt mit 100 Milliarden pro Jahr zu Buche. Eine Zeitbombe im Staatshaushalt.

Die Betrogenen werden die Jungen sein, deren Interessen Grün und Gelb zu vertreten vorgeben. Immer weniger von ihnen werden für immer mehr Alte schufteln müssen. «Mangelte es in Deutschland nicht an ökonomischer Bildung», so Thomas Mayer, «wären die Jungen längst statt für Klimaschutz gegen ihre Ausbeutung auf die Strasse gegangen.» Das tun sie nicht, weil in der Demokratie neuen Typs nicht gegen, sondern für die Regierung demonstriert wird.

Dekadenz, nicht Aufbruch, ist das Signum unserer Zeit.

*Bruno Bandulet*

## Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.  
Jederzeit und unkompliziert.

### Markus Rezzonico

Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

## Alles klar ?



Der Souverän habe Bundesrat und Bundesverwaltung «das Vertrauen ausgesprochen». So sei das – in der eingetretenen Deutlichkeit nicht erwartete – Verdikt zum Covid-Gesetz zu deuten.

Belassen wir's bei dieser Interpretation, obwohl sie Wesentliches ausspart: Dass in dieser Abstimmung vor allem auch Angst zum Ausdruck kam; dass also die offensichtliche, von den Eintopf servierenden grossen Medien unisono vortragene Angstkampagne verfangen hat. Wer einer Entwicklung gegenüber Angst verspürt, wer sich aus Angst kaum mehr in die Öffentlichkeit wagt, der scharft sich in der Stunde der Entscheidung um die Tonangebenden – um Regierung und Verwaltung.

Eine erstaunliche Tatsache bleibt dabei unerwähnt: Dass die Jungen mehrheitlich gegen das Covid-Gesetz gestimmt haben. In der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen überwog das Nein zum Gesetz (56 Prozent). Wird einerseits festgestellt, dass der vielbeschworene Graben zwischen Stadt und Land in der Covid-Abstimmung kaum aufgetreten sei, so wurde – wenn nicht ein Graben, so doch eine deutliche Abgrenzung der Jungen von den Älteren sichtbar. Das illustriert wohl auch, dass die Krankheit bei Jüngeren, die von Covid angesteckt werden, harmloser verläuft als bei Senioren. Doch offenbar ist auch das Vertrauen der Senioren in die Impfung so gross nicht, wie das behördlicherseits erwartet wird.

Spalte  
rechts

Sei es, wie es sei: Überlassen wir, das Abstimmungsergebnis respektierend, das Gesetz des Handelns jetzt der Obrigkeit. Mag sie beweisen, dass sie die noch immer geltenden Sondervollmachten den Entwicklungen angemessen zu nutzen weiss.

Ein Begehren bleibt dabei aber gültig: Hört endlich auf mit den Angstmacher-Kampagnen: Eine neue Variante sei entdeckt worden. Sie «könnte» schlimmer sein als alles bisher Erlebte – wird ausposaunt, bevor gesicherte Erkenntnisse vorliegen.

Glauben die Medienmacher auch, Angstmacher-Kampagnen liessen sich als Knüller besonders gut verkaufen, so sollten sich die Exponenten der Bundesbürokratie im Departement Berset endlich von solch gezielter Furcht-Verbreitung distanzieren – auch wenn sie ihr Abstimmungserfolg zu verdanken glauben.

*Ulrich Schliuer*



# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



# KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

«Regulierung von Kommunikationsplattformen»

# Das Wahrheitsministerium

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

«Falsche Informationen» werden von den Mächtigen als eine grosse Gefahr wahrgenommen. Um dieser Herr zu werden, wird an einem Grundpfeiler der Demokratie gerüttelt – der Meinungsfreiheit.



«Die Notwendigkeit, die Bevölkerung vor Hassrede und Desinformation im Internet zu schützen, erfordert auch in der Schweiz eine breite Diskussion.» So beginnt eine vermeintlich harmlose Medienmitteilung des Bundesrates von Mitte November 2021. Aber der paternalistische Anspruch und das abwertende Menschenbild, welche im Willen, den nicht zu selbständigem Denken fähigen Menschen zu bevormunden, zum Ausdruck kommt, macht klar, was das heisst: Wir bestimmen, was Hassrede und Desinformation ist.

## Linksliberales Meinungskartell

Gemäss Medienwissenschaftler Roger Blum lag 2011 die grösste Macht bei den linksliberalen Zeitungen. Genauso lag die Mehrheit der grossen elektronischen Medien mit Einschaltquoten zur Hauptsendezeit von 1,4 Millionen im linksliberalen Bereich. In den letzten zehn Jahren scheint der Meinungskorridor sich noch weiter verengt und nach links bewegt zu haben. Auch die Sozialen Medien machen aus Angst vor staatlicher Einflussnahme eine immer stärkere Zensur. Gegen illegale Porno-Profile macht beispielsweise Facebook kaum etwas. Wer aber Argumente postet, welche nach Ansicht der Portale zu stark vom Mainstream nach rechts (nie nach links!) abweichen, wird hingegen innert Minuten gesperrt.

## Mächtiger als der mächtigste Mann der Welt

Facebook schreibt seit Monaten bei praktisch jeder kritischen Meinungsäusserung über Coronamassnahmen ungefähr folgendes «Die Impfung ist sicher und wirksam, hier findest Du weitergehende Informationen.» YouTube löscht ohne Vorwarnung hunderttausende kritische Videos, ebenfalls zum Teil innert Minuten. Und dass «Twitter» das Konto des damals mächtigsten Mannes der Welt, Donald J. Trump, lebenslang gesperrt hat, zeigt, wo die wirklichen Machthaber hocken. Wer hat befohlen, das Konto des «mächtigsten Mannes der Welt» zu löschen?

## Neidvoller Blick nach Zensureuropa

Diese Zensur ist der Regierung aber noch nicht genug. Denn nichtsdestotrotz gewinnen die Sozialen Medien zunehmend an Bedeutung für die Meinungsbildung. Sie sind oft das einzige Medium, in dem man noch nicht nur aufbereitete Medienmitteilungen staatlicher

Stellen und unkritische bis verherrlichende Homestorys über Bundesräte zu lesen bekommt. Deshalb schielt der Bund neidisch ins europäische Ausland. Dort, teilt der Bundesrat in seiner Pressemeldung neidvoll mit, «setzt sich wegen der gesellschaftlichen Bedeutung der Kommunikationsplattformen und ihres grossen Schadenpotentials die Überzeugung durch, dass den Intermediären verschiedene Sorgfaltspflichten auferlegt werden müssen.»

## Fürsten der Finsternis

Der Bundesrat gibt sich also weiteren autoritären Fantasien hin. Und während in George Orwells Roman «1984», welcher einen totalitären Überwachungsstaat beschreibt, das sogenannte «Wahrheitsministerium» die Wahrheit definiert – indem es bestehende Dokumente nach eigenem Gusto umschreibt – sollen diese Aufgabe nun Private wie Facebook übernehmen.

Das ist der Traum der totalitären Geister: Bürger überwachen Bürger. Genau das wollen wir nicht! Denn Vielfalt, Wettbewerb und freier Zugang zu Informationen sind die Voraussetzung für den Wettstreit der Meinungen. Wer hier Hand anlegt, sucht die Finsternis und nicht das Licht der Freiheit.

Hermann Lei



Wer hat befohlen, das Konto des «mächtigsten Mannes der Welt» zu löschen?



**Geschenkgutscheine**  
à Fr. 250.- mit Fr. 50.- Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

**Kopiererpapier**  
*Sensationelle*  
**Fr. 3.90**

500 Blatt, exkl. MWSt. + Versand bar (10 P. = 10.-)

**OCOTEX AG – 041 799 50 00**



## Leserbrieife

### Himmeltraurig

(zum Artikel «Ein Kesb-Opfer erzählt», SZ Nr. 22/2021). Es ist himmeltraurig, was diesem Mann von der sogenannten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde angetan wurde. Ich habe schon viel Negatives über diese offenbar allmächtige Behörde gelesen. Ich frage mich: Dürfen in der Schweiz Methoden angewandt werden, die gegen unsere Gesetze verstossen? Die Politiker müssen die Kesb unbedingt abschaffen. Sie ist meines Erachtens eine Vereinigung zur Selbstbereicherung. Es ist himmeltraurig, dass in einer Demokratie solche Wildwüchse stattfinden können. Ich persönlich habe mich schon längst gegen diese Methoden abgesichert.

*Heinrich Frei, Weinfeld TG*

### Terror

Der Artikel «Die Massenmigrationswaffe» (SZ 22/2021) von Frau Villalon hat mich sehr nachdenklich gestimmt. Im «Tagesanzeiger» und im «Beobachter» wurden Fotos von etwa 50-jährigen Frauen gebracht, die angeblich «spinnen», weil sie sich gegen Lärm im

Bereich von Asylantenheimen wehren. Ich bin auch so eine «Spinnerin». Eine ehemalige Deutschlehrerin für Asylanten, verheiratet mit einem heute pensionierten Polizisten, sind die «Chefs» unseres Mehrfamilienhauses. Sie liessen eine Asylantenfamilie mit jetzt drei Kindern ins Haus, die sehr viel Lärm machen. Die ehemalige Lehrerin sagte, in Mehrfamilienhäusern habe man keine Recht auf Ruhe. Sie selbst wohnt in einem ruhigeren Bereich des Mehrfamilienhauses. Weil ich mich auf verschiedene Arten gegen den Lärm wehrte, bekam ich eine Anzeige der Kesb, von der ich mich nur mit einem Anwalt «freikaufen» konnte. Den ganzen Tag herrschen Geschrei und Unordnung. Das Ganze ist eine grosse Last.

*Esther Gassmann, Dübendorf ZH*

### Die Bührle-Sammlung und die linke Moral

Dass angemessen mit einem schwierigen historischen Erbe wie der Bührle-Sammlung umgegangen werden muss, ist ebenso unbestritten, wie dass gestohlene oder den Vorbesitzern abgenötigte Bilder ihren Erben zurückzugeben oder zu entschädigen sind. Das ist weitgehend geschehen. Wozu also eine weitere Provenienzforschung? Zur Erinnerung: Mit grossem Geschütz auffahrende (linke) Moralisten und Gutmenschen haben bereits die Bildersammlungen des Barons Thyssen Bornemisza und der Flick-Erben aus der Schweiz vertrieben, wo sie Einheimische und Touristen hätten erfreuen können. Die Vertreiber der Bilderschätze feierten das als grossen moralischen Sieg. Zurecht?

Ist es nicht eher ein grosszügiger Akt und eine Manifestation von Verantwortung und Gemeinsinn der Erben, die persönlich weder Waffenfabrikanten noch Kriegsgewinnler waren, ihre herrlichen Sammlungen der Allgemeinheit zugänglich zu machen? Der Tugend-eifer der Guten hat bereits zwei einzigartige Sammlungen vertrieben. Blüht das nun auch der Bührle-Sammlung?

*Markus Eckstein, Goldach SG*

### Gedankensplitter Hans Krause (6)

## Der Strombedarf

Wenn alle Fahrzeuge elektrisch betrieben werden:

- In der Schweiz werden jährlich 55 Milliarden Kilometer gefahren. Tesla rechnet mit 0,25 Kilowattstunden pro Kilometer. Für die ganze Schweiz bedeutet dies, dass 13.75 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr als zusätzlicher Strombedarf anfallen werden. Zum Vergleich: Das KKW Gösgen produziert jährlich rund 8 Milliarden Kilowattstunden.
- Oder anders berechnet: Jede Privatperson fährt pro Jahr im Durchschnitt 15'000 Kilometer. Dafür benötigt man 3'750 Kilowattstunden Strom.
- Soll dieser Bedarf aus Solarstrom gedeckt werden, so werden dafür, da aus einem Quadratmeter Solarfläche 150 Kilowattstunden Strom gewonnen werden können, 25 Quadratmeter Solarpanel (und möglichst viel Sonnenschein!) sowie entsprechende Speichermöglichkeit im Haus benötigt.
- Auf die ganze Schweiz umgerechnet ergibt sich daraus ein Bedarf von 92 Millionen Quadratmetern bzw. 92 Quadratkilometern Solarpanel.

### Wehret den (Nato-) Anfängen

In «Damals in der Auns» (SZ Nr. 22) weist Hans Fehr eindringlich auf die damaligen und leider auch heutigen gravierenden neutralitätspolitischen Sündenfälle hin. Gestern waren es Ex-Pilot und Armeechef Kckeis, der das Ende der autonomen Verteidigung propagierte, und der führungsschwache Samuel Schmid. Leider gibt es auch heute wieder aktuelle Tendenzen im VBS, sich der europäischen Sicherheitsarchitektur und der Nato anzunähern. Dies obwohl unsere Verfassung und das Wesen unserer Neutralität diesbezüglich klar sind. Die Schweiz ist das einzige europäische Land im Herzen Europas, das seit 200 Jahren dank unserer bewaffneten Neutralität, dank Friedenspolitik und den Guten Diensten vom Krieg verschont geblieben ist. Darum: Wehren wir den Anfängen. Hüten wir uns am Morgarten!

*Roger E. Schärer, Trin Mulin GR*



### 60'000 Kochöfen für Peru

Die Schweiz hat mehrere CO<sub>2</sub>-Kompensationsabkommen mit fernen Ländern abgeschlossen; u.a. finanzieren wir 60'000 Kochöfen für Peru! Diese werden vermutlich aus Kostengründen in China gefertigt. Und wir müssen für derart peinliche Projekte mit ungeordneten CO<sub>2</sub>-Abgaben aufkommen. Peru fördert derzeit Kupfer (das neue Gold), Silber, Gold, Zink, Erdöl und Gas. Diese Kompensationsabkommen sind schlicht ein Schuss in den (Koch-) Ofen. Gleichzeitig baut China weiter ungehemmt Kohlekraftwerke.

*Eduard Keller, Goldau SZ*

### Die Brüsseler Arroganz

Nachdem der Bundesrat die Verhandlungen über den Rahmenvertrag abgebrochen hat, weil ein souveräner Staat einen solchen Knebelvertrag niemals unterschreiben kann, zeigen die EU-Eliten einmal mehr ihr wahres Gesicht. Obwohl ihnen Bundesrat Cassis bereits wieder unterwürfig die Ehre erwiesen hat, haut der Vizepräsident der EU-Kommission mit der Faust auf den Tisch und verlangt bis im Januar «klare Signale». Konkret: Wenn die Schweiz weiterhin am Binnenmarkt teilnehmen wolle, müssten wir das entsprechende EU-Recht

«dynamisch» (sprich automatisch) übernehmen. Zudem müsse die Frage der Staatsbeihilfen (Schwächung/Abschaffung der Kantonalbanken) sowie der Streit-schlichtung (Anerkennung des EU-Gerichtshofes als letzte Instanz) geregelt werden. Ebenso verlangt man regelmässige Kohäsionszahlungen.

Das sind weitgehend jene Bereiche, welche zum Abbruch der Rahmenvertrags-Verhandlungen geführt haben. Zudem hat «Brüssel» offenbar vergessen: Der gegenseitige Marktzutritt wurde in den Freihandelsabkommen von 1972 geregelt und ist nicht Thema der aktuellen «Bilateralen». Und wenn schon müsste uns die EU ihren Zutritt zum Schweizer Markt höher abgelten als umgekehrt, zumal wir wesentlich mehr Güter aus der EU importieren als dorthin exportieren.

Bundesrat Cassis muss den arroganten EU-Oberen im Namen des Gesamtbundesrates klarmachen, was genau die souveräne Schweiz will bzw. nicht will: Als souveränes Land und wichtiger Handelspartner wollen wir – im gegenseitigen Interesse – gute Beziehungen zur EU, aber nicht um jeden Preis. Aber keinesfalls wollen wir eine «Anbindung» an die EU oder gar einen Beitritt.

*Hans Fehr*

## Missbrauchte Humanität



Was Realisten in Betrachtung der Lage in Afghanistan längst als Faktum anerkannt haben, bestreiten Realitätsverweigerer aus dem Dunstkreis der «Gutmenschen» unter Negierung der Fakten: Nach der Machtübernahme durch die Taliban hat sich die Lage drastisch verschlechtert.

Gefragt sind nun Nothilfe und sichere Fluchtwege. Natürlich kann hierzulande keiner, orientiert am Gebot von Menschlichkeit und Humanität, ernsthaft fordern, die dortige Bevölkerung solle ohne Hilfe verbleiben. Es muss aber eine Hilfe vor Ort sein. Macht sich nämlich Europa zum Sammelbecken für sämtliche Gestrandete – Frau Merkel lässt grüssen – wird der Westen wohl auch zum Notstandsgebiet. Damit ist keinem geholfen.

Aktuell setzt sich die «Schweizerische Flüchtlingshilfe» (SFH) für Visaerleichterungen, beschleunigte Zusammenführung und ein erweitertes Resettlement-Kontingent für einreisewillige Afghanen ein. Man hängt sich also die Humanitäts-Medaille quasi selbst um.

Doch diese hat eine Kehrseite: Seit Jahren zählt Afghanistan zu den wichtigsten Herkunftsländern von Asylsuchenden in der Schweiz. Im Jahr 2020 stammten von total 11'041 Asylsuchenden 1'681 Gesuche von Afghanen. Innert zwei Jahren (2019–2020) stiegen deren

Asylgesuche um mehr als zwanzig Prozent. Ab Mitte August 2021 hat das «Staatssekretariat für Migration» (SEM) Wegweisungen und Rückführungen ausgesetzt. Frage: Wen holen SEM und SFH da ins Land? Hier Daten der «NZZ»:

- Illegale Einreisen von Afghanen aus Österreich in die Schweiz nehmen stark zu, und viele tauchen unter.
- Seit Juli 2021 hat die Grenzwaiche in Buchs, SG, über 1'600 junge männliche Afghanen aufgegriffen. Nur am Dienstag voriger Woche seien es sechzig junge Männer gewesen, so der St. Galler Sicherheitsdirektor Fredy Fässler.

Zum Persönlichkeitsbild dieser Zuwanderer sagt in der «Weltwoche» Albert A. Stahel, 78, Professor an der Uni Zürich und Afghanistan-Experte: «Niederer Bildungsstand, speziell bei Paschtunen. Der Wert der Frauen ist bei ihnen gleich null. Wenigen gelang die Integration, andere lehnen diese ab. Das müssen wir nüchtern zur Kenntnis nehmen. Vorsicht bei der Aufnahme von Paschtunen als ehemalige Soldaten mit Verbundenheit zu Taliban!»

Rhetorische Schlussfrage an SFH und SEM: Hat der Schweizer Spitzenpolitiker Albert Rösti, SVP, recht, wenn er sagt: «Gewalt und Kriminalität im Lande sind importiert!?»

*Charly Pichler*

*pichler@thurweb.ch*



Selektive Umsetzung des Verhüllungsverbot?

# Eine brandgefährliche Ausnahme

von Roland Burkhard, Dr. rer. publ. HSG, ehem. stv. Chef der Bundespolizei, Bern

Das Schweizer Volk hat im Frühjahr die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» gutgeheissen. Der Grundsatz, dass niemand im öffentlichen Raum sein Gesicht verhüllen darf, findet sich nun als Art. 10a unmissverständlich in unserer Bundesverfassung. Nun hat der Bundesrat einen Vorschlag unterbreitet, wie er diesen Verfassungsartikel im Strafgesetzbuch umzusetzen gedenkt. Das Vernehmlassungsverfahren dauert bis am 3. Februar 2022.



Der vom Bundesrat vorgeschlagene Text macht misstrauisch, denn er enthält unzählige Ausnahmen vom Grundsatz. Die meisten davon sind zwar einigermassen nachvollziehbar: So bleiben die Gesichtsbedeckung in Kirchen, Masken zum Gesundheitsschutz oder als Sicherheitsausrüstung sowie fürs einheimische Brauchtum wie die Fasnacht erlaubt. Weniger

verständlich ist die Ausnahmeregelung für Street Parades oder Bachelor-Partys.

## Alarmierende Ausnahme

Völlig unverständlich, ja gar alarmierend, ist hingegen die Ausnahme vom Verhüllungsverbot bei Kundgebungen oder Demonstrationen, wenn diese zur Ausübung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit notwendig seien. Einmal mehr wird damit der Volkswille nur selektiv respektiert. Denn: Wenn das Schweizer Volk insgesamt knapp zugestimmt hat zum Verhüllungsverbot, dann erfolgte das Ja für viele Leute nicht nur wegen dem Burkatragen. Es wurde vielmehr eingelegt, um damit auch den linksextremen Krawallanten- und Schlägerbanden einen Riegel zu schieben.

Diese treten bei ihren chronisch gewalttätigen Demonstrationen in unseren Städten zumeist vermummt

auf und verüben schwere Sachbeschädigungen und andere Gewalttaten. Die Täter kommen dabei zu fast hundert Prozent straffrei davon, weil sie als Vermummte weder direkt visuell noch durch Videoüberwachung individuell identifizierbar und somit nicht anklagbar sind.

## Offene Türen für Gewaltexzesse

So würde denn durch diese Ausnahme dem schändlichen Treiben der linksextremen Gewalttruppe weiterhin Tür und Tor geöffnet, denn so quasi jede gewalttätige linksextreme Demo lässt sich locker mit der Meinungsfreiheit begründen. Und die tiefroten Regierungen unserer Städte behielten weiterhin ihr Alibi, um ihre geliebten linksextremen Kreise ungestraft gewähren zu lassen.

Es käme wohl höchstens mal zur Festnahme von als rechtsextrem (weil impffindlich) deklarierten Trychlern mit ihren Kuhglocken, falls ihr Gesicht nicht völlig erkennbar ist.

## Fazit

Diese vom Bundesrat vorgeschlagene Ausnahme vom Verhüllungsverbot ist brandgefährlich und birgt angesichts der von unseren linken Stadtregierungen nur sehr selektiv angewendeten Praxis ein weiterhin grosses Konfliktpotential. Ich hoffe sehr, dass die bürgerlichen Parteien (insbesondere die SVP) die Gefahr erkennen und diesen schwerwiegenden bundesrätlichen Sündenfall verhindern können.

Roland Burkhard

GOAL GLOSSAR

Q simpel

Wenn die Wählerinnen und Wähler auf der Strasse denken: «Diese Botschaft, dieses Plakat ist einfach und simpel, das könnte auch von mir kommen!», dann haben wir gewonnen. Denn dann versteht jeder die Kampagne. Deshalb entwickeln wir für unsere Kunden simple Botschaften und Visualisierungen. Weil Wahlen und Abstimmungen Mehrheiten benötigen!

simpel

<lat.> simplex – «einfach»

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Offener Brief an Jonas Projer, Chefredaktor «NZZ am Sonntag»



## Die «unerbittlichen Gesetze des Marktes»

*Sehr geehrter Herr Projer*

Am 21. November 2021 haben Sie in der «NZZ am Sonntag» der Schweiz drei Wege aufgezeigt, die sie nach Brüssel führen können. Ihre Überlegungen, Schlussfolgerungen und Fehlschlüsse illustrieren einprägsam, weshalb das Drängen der Ausverkäufer schweizerischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in Richtung Brüssel zum Scheitern verurteilt ist.

### Fröhlicher Frühling

Sie beginnen mit den Bienen, die – wie Sie berichten – 2013 in Brüssel einen fröhlichen Frühling feiern konnten, weil die EU damals bestimmte Regelungen zum Bienenschutz verfügt habe, welche die Schweiz danach postwendend «in autonomem Nachvollzug» übernommen habe. Freiwillig – stellen Sie fest – sei das nicht geschehen. Die unerbittlichen Gesetze des Marktes hätten die Schweiz zum autonomen Nachvollzug der Brüsseler Vorgaben veranlasst, ja gezwungen.

Interesse weckt Ihre Argumentation, wonach das Verhältnis der Schweiz gegenüber Brüssel einzig von den Gesetzen des Marktes bestimmt würden.

Der Markt spielt, wo autonome, eigenständige, von ihrem Produkt überzeugte Unternehmer in aller Freiheit am das Wirtschaftsgeschehen bestimmenden Wettbewerb teilnehmen.

Prägt solche Zielsetzung tatsächlich das wirtschaftliche Handeln der Tonangebenden in der Europäischen Union? Gewiss: Die EU hat eine Ordnung geschaffen, die als Binnenmarkt gedacht war und seit Beginn unbeschrieben als Binnenmarkt bezeichnet wird. Es gibt indes aufmerksame Beobachter des EU-Geschehens – nicht zuletzt Ihr ehemaliger Kolumnist Beat Kappeler –, die längst registrieren, dass das, was mit EU-Binnenmarkt etikettiert wird, immer weniger mit echtem Markt zu tun hat. Der EU-Binnenmarkt hat sich längst zum den EU-Bürokraten überlassenen Regulierungsopfer entwickelt – ausserhalb jeder demokratischen Kontrolle.

### Beispiel Personenfreizügigkeit

Eisern hält die EU-Funktionärsbürokratie am Prinzip der Personenfreizügigkeit fest. Masseneinwanderung ist Dogma – dem Markt folgend, die Demokratie respektierend? Was das blinde Festhalten an der Personenfreizügigkeit wirtschaftlich bedeutet, kann ganz Europa am Niedergang Deutschlands, einst die Wirtschaftslokomotive der EU, verfolgen: Überbordender Bürokratismus, unendliche Kosten ohne Wertschöpfung verschlingend. Überregulierung, in ziemlich diktatorischem Anspruch der Schweiz zugemutet, hat ja auch den Rahmenvertrag scheitern lassen.

Die Bilateralen Verträge sichern beiden Vertragspartnern wenigstens auf dem Papier noch die Gleichberechtigung zu – Wettbewerb ermöglichend. Mit dem Rahmenvertrag wollte Brüssel nicht zuletzt den Wettbewerb mit der in Vielem erfolgreicheren Schweiz beseitigen, ja abtöten. Die Schweiz hätte den EU-Regeln – dynamisch, also automatisch zu befolgen – unterworfen werden sollen. Die EU sucht weder Markt noch Wettbewerb. Die EU will befehlen – ungehindert!

### Machtpolitik diktiert

Müsste man, sehr geehrter Herr Projer, wenn man die unerbittlichen Gesetze des Marktes beschwört, den Horizont nicht etwas weiter fassen? Warum fällt, müssen sich Marktbefürworter fragen, die EU mit dem von Ihnen gepriesenen Binnenmarkt gegenüber den wirklich erfolgreichen Wirtschaftsregionen auf dem Erdball, gegenüber den USA und Fernost Jahr für Jahr zurück? Warum gerät Europa weltwirtschaftlich immer weiter an den Rand? Ist der Binnenmarkt nicht das Instrument, das der EU Erfolg, Expansion, Wachstum und Wohlstand beschere müsste?

Nicht der Markt, vielmehr Machtpolitiker, von europäischer Grösse träumend, haben dem Binnenmarkt den Euro übergestülpt – als Einheitswährung für Regionen völlig unterschiedlicher Wirtschaftskraft. An diesem Korsett Euro hält Brüssels Funktionärsbürokratie – sämtliche Marktgesetze opfernd – blindwütig fest.

Warum bleibt unerwähnt, dass die Einheitswährung dem europäischen Süden bitterste Armut verordnet, dass sie Deutschland zwar alljährlich den Titel «Exportweltmeister» sichert, die Früchte dieses Erfolgs aber allesamt mehr als nur wegdirigiert, weil Deutschland alle Finanzlöcher in der EU zu füllen hat? Der Euro, den Europäern als Tor ins Wirtschaftsparadies verkauft, lässt Europa im Sumpf der Überschuldung immer tiefer absinken. Niemand weiss einen Ausweg – aber den Sparern wird Ersparnis mit Negativzinsen weggestohlen – auf dass die vom Euro restlos überforderten Staaten nicht dem Bankrott verfallen.

Was, sehr geehrter Herr Projer, haben solche Vorgänge noch mit Markt zu tun?

Wer heute am Markt gewinnen will, wer im Markt wachsen will, der muss sich den Konkurrenten stellen, die in den Wachstumsmärkten Erfolge feiern: Den Amerikanern, den Konzernen im Fernen Osten, neuerdings zunehmend auch britischen Firmen. Dort erzielte Wirtschaftserfolge sichern Schweizer Unternehmen die Zukunft. Brüssels Überregulierung aber erwürgt Handlungsfreiheit.

*Ulrich Schlüer*

# STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

## Ideologie

Das fehlende Fachwissen verstärkt die bestehende Tendenz, die ökonomischen Neben- und Nachwirkungen ideologischer Lieblingsideen zu unterschätzen oder einfach zu ignorieren. Schönfärberische Fantazahlen auf der einen Seite, gigantische, ideologisch begründete politische Visionen ohne ökonomische Kosten-Nutzen-Betrachtungen auf der anderen – fast täglich liefern nicht nur die politisch Verantwortlichen, sondern auch die mächtigen öffentlichen Stimmen des Zeitgeists krasse Beispiele für die Verdrängung der wirtschaftlichen Tatsachen.

Beklagt wird die «komplette Ökonomisierung» der Welt, denn wirtschaftliche Einwände gegen Grossprojekte ökologischer Prägung stören nur die Begeisterung für die «grosse Transformation». Statt die offensichtlichen Unstimmigkeiten und Widersprüche ihrer Ziele unvoreingenommen zu analysieren, picken sich Politiker diejenigen Experten, Ökonomen und Gutachten heraus, die ihnen willfährig genau das liefern, was sie für ihre ideologischen Lieblingsprojekte brauchen.

*(Hans-Dieter Radecke und Lorenz Teufel in «Schweizer Monat», November 2021)*

## Muezzin

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie Ditib die Kölner Politik ausgetrickst hat, mutet die Erlaubnis für den Muezzin-Ruf besonders grotesk an. Was die Stadtregierung

bei allem Bemühen um Toleranz nicht begriffen zu haben scheint: Hier geht es um Politik, Gebietsanspruch, um Zugriff auf Menschen. Ditib verkündet den türkischen Islamismus und Nationalismus von Erdogans Prägung.

Der Vergleich des Muezzins mit den kirchlichen Glocken ist schön, aber nicht stimmig. Das Läuten der Kirchenglocken ist ein akustisches Signal, der Ruf des Muezzins ist ein Glaubensbekenntnis, das die Suprematie des Islams zum Ausdruck bringt: «Allah ist gross. Ich bezeuge, dass es keine Gottheit gibt ausser Allah. Ich bezeuge, dass Mohammed Allahs Gesandter ist.»

*(Zukunft CH, Infodienst, November 2021, gestützt auf Benedict Neff, Muezzin-Rufe in Köln, NZZ vom 15.10.2021)*

## Illegale Migration

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan wird nun auch im Kanton St. Gallen spürbar. Die Zahlen der illegalen Einreise von Afghanen sind rund 85-mal höher als Anfang Jahr. Aus diesem Grund informierten die Behörden in einer Medienkonferenz über die aktuelle Lage. Demnach stellen nur zehn Prozent dieser illegal eingereisten Personen ein Asylgesuch, und Rückführungen gestalten sich aufgrund der aktuellen Zusammenarbeit mit Österreich als schwierig.

Insbesondere die Äusserung vom Kommandanten der Kantonspolizei St. Gallen, Bruno Zanga, dass praktisch alle angetroffenen Personen innerhalb eines Tages untertauchen, sorgt bei der SVP für Fragezeichen. Denn durch das anschliessende Abtauchen der illegalen Migranten wird die Befragung bei der Einreise und das anschliessende Rückführungs Urteil zur Alibi-Übung!

*(SVP St. Gallen, 18.11.2021)*

## Energiewende

Bis zu elf riesige Windparks bräuchte allein BASF in Ludwigshafen zur Stromversorgung – ständig, jede Millisekunde.

Genau das leistet die Windenergie nicht: Der Wind weht, wann er will, und dazu kommt der Verlust an Energie auf dem Nord-Süd-Transport über mehr als tausend Kilometer.

Jedes Stahlwerk, das weiss wiederum NRW-Ministerpräsident Laschet, braucht bis zu drei Nordsee-Windparks. Beide, Scholz wie Laschet, reden wohlgermerkt von Offshore-Anlagen, weit draussen im Meer. Deren Leistungsfähigkeit ist weit höher als die im Binnenland. Und allein die Chemieindustrie verbraucht, was alle Windräder erzeugen können. Für den Rest bleibt: Dunkel statt Licht.

Mit Windkraft ist der Industriestandort nicht zu halten – der Ausstieg aus Kohle und Atom wird gigantische Arbeitslosigkeit nach sich ziehen. Auch das Verbot des Verbrennungsmotors und die Umstellung auf E-Autos wird nach übereinstimmenden Schätzungen von Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft rund 300'000 Arbeitsplätze kosten und noch mehr Strom verlangen.

*(Tichys Einblick, 11/2021)*

## «Das aktuelle Zitat»

«Wir sollten uns endlich eingestehen: Grenzschutz ist hart und tut beim Hinschauen weh. Die Alternative wäre eine Welt ohne Grenzen. Das wiederum ist nur eine schöne Utopie.»

*Tim Röhn, Reporter, in der «Welt» vom 28. Oktober 2021*

\*

«Olav Scholz ist die männliche Ausgabe von Angela Merkel. Ich sehe auch in der deutschen Gesellschaft keinerlei Lust auf Veränderung. Deutschland will die Stagnation – und wird dafür teuer bezahlen. Nehmen wir die deutsche Wirtschaft, sie ist etwa im Bereich des Automobil- und Maschinenbaus die beste der Welt. Allerdings ist es eine Wirtschaft des 20. Jahrhunderts. Dummerweise befinden wir uns im 21. Jahrhundert.»

*Niall Ferguson, Wirtschaftshistoriker, auf «t-online.de» am 3. November 2021*

Auszug aus dem Editorial «SCHWEIZER SOLDAT», November 2021

# Neutralität

«Everybody wants to go to heaven but nobody wants to die» – Jeder will in den Himmel kommen, aber dafür sterben will niemand.



Ein US-Marine hat mir dieses Zitat auf den Weg gegeben. Als Zuhörer vieler Debatten über das Thema Sicherheit und Sicherheitspolitik, könnte man es in der Schweiz auch so sagen: «Jeder will eine neutrale Schweiz, aber etwas dafür tun oder auf etwas dafür verzichten, das will niemand.»

Die Neutralität und ihre Wirkung auf andere Staaten ist ein fragiles Gebilde, bei dem die Armee ein wichtiger Baustein ist. Wir haben uns in der Vergangenheit oft mit jenen gestritten, die zu wenig für unsere bewaffnete Neutralität getan haben. Zivi-Betrüger zum Beispiel, deren Loyalität zum heimischen Bett und eigenen Terminkalender alle anderen Bedürfnisse der Gemeinschaft überwiegt. Wir müssen uns aber auch hüten, zu viel zu tun, um nicht das Gleichgewicht der Schweizer Sicherheitspolitik zu gefährden.

Um das Gleichgewicht unserer Sicherheitspolitik zu bewahren, muss die Schweiz auch vermehrt Nein sagen. Auch wenn kurz- und mittelfristig sicherlich Vorteile entfallen würden. Die Aushöhlung der Neutralität ist ein zu grosser Preis.

## Unsere Neutralität in der Bundesverfassung

Art. 173: Die Bundesversammlung hat (...) folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a. Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.

*Den wörtlich gleichen Verfassungsauftrag gibt Art. 185 auch dem Bundesrat. Dabei ist es klar: Unsere Neutralität ist immerwährend, bewaffnet und integral (umfassend, nicht situativ)!*

Der Bundesrat muss sicherstellen, dass die Armee ihre Aufträge auch ohne fremde Hilfe erledigen kann. Dafür braucht es keine Apéros in Brüssel, Berlin und Paris, sondern eine glaubwürdige und vor allem langfristig konzeptionierte Sicherheitspolitik.

*Frederik Besse, Chefredaktor SCHWEIZER SOLDAT*



**Das Büro Ha deckt auf!**



Diese Pandemie ist wirklich ein tolles Geschäft. Mit etwas Panikmache konnten "die 16 reichsten Milliardäre der Welt" während der Corona-Hysterie ihr Vermögen um siebzig Prozent oder 2,1 Billionen Dollar erhöhen. Gute Verbindungen und etwas Geld an die Uno-Bürokraten, und schon fliessen die Milliarden zu den Geldsäcken. Zwischen 2008 und 2021 hat sich das Vermögen der «16» fast verzehnfacht! BlackRock hat jetzt die Macht, mit seinen vielen Fonds nicht nur die Weltwirtschaft zu steuern oder zu blockieren, sondern auch Politiker nach Lust und Laune zu steuern. Und alles nur, weil viele auf die Corona-Hysterie reingefallen sind. Bundesrat Maurer sagte, als er bekannt gab, wie viel Helikopter-Geld er verteilen wolle: «Ich weiss nicht, wer das bezahlen soll.» Natürlich weiss er das sehr genau – nämlich der Steuerzahler. Zusätzlich zu den immensen Kosten kommen jetzt noch jene für die Asylanten, die «in die Obhut» der Gemeinden fallen und meistens mehr (Sozial-) Einkommen «verdienen», als Rentner, die ein Leben lang gearbeitet haben. Soeben war Steuertermin. Ärger herrscht!

\*

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat einen Wälzer mit 935 Seiten(!) veröffentlicht und empfiehlt darin weitere Beschränkungen in der Verwendung von Bleimunition für Sportschiessen und Jagd. Was als «Einschränkung» umschrieben wird, ist nichts anderes als die Forderung nach einem generellen Verbot von Bleimunition. Ausgenommen davon sind (wie weltfremd!) Munition in Schiessanlagen, wenn diese zu 90 Prozent eingesammelt wird. (Wir brauchen also einen Mathematiker). Die Regelung soll 2023 in Kraft treten und beinhaltet eine Übergangslösung von 18 Monaten für Geschosse über 5,6 mm und von fünf Jahren für Schrotmunition sowie für Geschosse unter 5,6 mm. Zur Erinnerung: Dieser «Bericht» wurde eine Woche nach der Veröffentlichung des Verbotes von Bleischrot über Feuchtgebieten veröffentlicht. Dieses Verbot tritt am 15. Februar 2023 in Kraft. Wehret den Anfängen!

*Tis Hagmann*

Bis hin zur Absurdität

# Political Correctness

Einer der Aspekte, der in der aktuellen Diskussion am engsten mit der Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Umverteilung von Ressourcen verbunden zu sein scheint, ist die «politische Korrektheit». Sie ist zu einer kollektiven Psychose geworden. Professor Hans-Hermann Hoppe, Volkswirt und einer der streitbarsten libertären Intellektuellen der Gegenwart – mit der Frage konfrontiert: «Glauben Sie, dass die herrschende Elite von dieser Krankheit des Geistes geheilt werden kann?» – gibt (hier in gekürzter Form) die nachstehende Antwort.



Ich stelle fest, dass sich die «politische Korrektheit» in den letzten Jahren zu einer Art ansteckender Geisteskrankheit entwickelt hat. Es gibt jedoch einige hoffnungsvolle Anzeichen dafür, dass die Doktrin inzwischen ein solches Ausmass an Absurdität erreicht hat, dass eine wachsende Zahl von Menschen beginnt, das Ganze als einen grausamen

Scherz zu betrachten. Um die Krankheit wirklich zu besiegen, muss aber ihre Ursache, d.h. ihr grundlegender intellektueller Irrtum, erkannt und beseitigt werden.

## Egalitäre Weltsicht

Der grundlegende Irrtum, der von den herrschenden Eliten in der gesamten westlichen Welt unerbittlich propagiert wird, ist ihre egalitäre Weltsicht. Sie wollen nicht erkennen, dass jeder Mensch einzigartig und ungleich zu allen anderen Menschen ist. Darüber hinaus ist jeder dieser von Natur aus unterschiedlichen Menschen und Gruppen mit unterschiedlichen äusseren Umständen konfrontiert, die sie von ihren Vorfahren geerbt und die sie geprägt haben. Angesichts dieser Ausgangslage ist es also völlig natürlich, dass auch ihre Leistungen, Erfolge oder Misserfolge im Leben unterschiedlich ausfallen.

## Ungleichheit – ein Skandal?

Dieses natürliche Phänomen ist aus egalitärer Sicht jedoch ein Skandal. Denn wenn man davon ausgeht, dass alle Menschen und Menschengruppen im Wesentlichen gleich sind, dann müssen die oft massiven tatsächlichen Unterschiede in den Leistungen verschiedener Personen und Personengruppen irgendwelche unnatürlichen, d.h. moralisch fragwürdigen Ursachen haben. Und diese wollen die herrschenden Eliten

beseitigen, um die Menschheit in ihren angeblich ursprünglichen und natürlichen Zustand der menschlichen Gleichheit zurückzuführen.

## Ungleichheiten korrigieren

Ungleichheiten entstehen aus egalitärer Sicht also nicht aus Unterschieden der persönlichen Leistungen und der Akkumulation solcher Leistungen durch aufeinanderfolgende Generationen, sondern entweder durch kosmisches Glück der Umstände oder durch Ausbeutung und Diskriminierung. Und es ist dann die «edle» Aufgabe der herrschenden Eliten, solche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten durch Einkommens- und Vermögensumverteilung und verschiedene Förderungs- oder Antidiskriminierungsgesetze zu korrigieren.

Ebenso obliegt es den herrschenden Eliten, zu bestimmen, welche der unzähligen Unterschiede zwischen verschiedenen Individuen und Gruppen als relevant und einklagbar gelten oder nicht, und wie dann der korrigierende Ausgleich erfolgen soll. Und dabei haben die westlichen Machteliten inzwischen eine geradezu perverse Rangordnung von Menschen und Menschengruppen ausgeheckt – von den «Unverdientesten» bis hinunter zu den «Benachteiligten» und am üppigsten Ausgleichsberechtigten.



Gut, dass damit auch der Güterstand zwischen dem Knaben und seinem Teddybären, der alten Dame und ihrem Vogel, dem Emir und seinen vier Frauen und dem FC Basel-Fan und seinem Club gesetzlich geregelt wird. (Beda Düggelin, Zürich)

### Die «unwürdigen» weissen Männer

An der Spitze der Unwürdigsten stehen angeblich die weissen (insbesondere heterosexuellen) Männer, und an der Spitze der Bedürftigsten stehen die Schwarzen, insbesondere die schwarzen Frauen (und zudem lesbischen) Frauen. Man will uns glauben machen: Genau jene Menschen und Gruppen und ihre Vorfahren, die den grössten Beitrag zur menschlichen Zivilisation geleistet haben und den grössten Unternehmungsgeist an den Tag legten, haben es angeblich am nötigsten, Wiedergutmachung zu leisten und allen andern Menschen eine Entschädigung anzubieten. Und die grosszügigste Entschädigung schulden sie ausgerechnet jenen, die am wenigsten zur menschlichen Zivilisation beigetragen haben.

Warum? Weil erstere ihre überlegene Stellung angeblich nicht aufgrund von überlegenen Leistungen verdient haben, sondern diese Stellung allein dem kosmischen Glück, dem weissen Privileg und der Ausbeutung zu verdanken haben. Ebenso ist die unterlegene Stellung der letztgenannten Bevölkerungsgruppen nicht das Ergebnis mangelnder Begabung und Leistung, sondern allein das Ergebnis von Pech und Opferrolle – der Ausbeutung der Schwarzen durch Eroberung, Kolonisierung und Diskriminierung durch die Weissen. Zudem müssten sich alle heterosexuellen Männer und Frauen bei allen Menschen mit einer

anderen sexuellen Orientierung entschuldigen und Wiedergutmachung leisten. Ausserdem sollen wir all diesen egalitären Unsinn von einer herrschenden Elite glauben, die selbst überwiegend aus weissen heterosexuellen Männern besteht und selbst enorme, höchst ungleiche Privilegien geniesst und in höchst ungleichem Komfort lebt.

### Zu viel verlangt

Diese Eliten waren ausserordentlich erfolgreich bei der Verdummung ihres eigenen Volkes. Aber selbst bei dummen Menschen gibt es Grenzen der Leichtgläubigkeit. Dass Menschen glauben sollen, was die «politisch korrekte» Doktrin über ihre Position im globalen sozialen Gefüge sagt, ist einfach zu viel an Absurdität verlangt. Angesichts des zunehmenden öffentlichen Widerstands erwarte ich, dass die herrschenden Eliten sich ein wenig von der aktuellen ideologischen Grenze zurückziehen und ihre absurde egalitäre Botschaft etwas abschwächen werden. Ich rechne aber nicht mit einer Rückkehr zur Normalität, sondern mit einer Weiterführung der egalitären Anliegen in immer neuen und «innovativen» Variationen. Denn Gleichmacherei und die obligatorische Umverteilung von Einkommen, Vermögen und sozialer Stellung ist ein wesentlicher Bestandteil dessen, was es heisst und erfordert, eine herrschende Klasse zu sein, die einen Staat kontrolliert.

*Hans-Hermann Hoppe*

## Linker Zeitgeist überschreitet Zenit



Radikal-Feminismus, noch radikalere Minderheitenpolitik, sozialistische Angriffe auf die Freiheit der Bürger, EU-Beitritts-Drang, Gender-Gaga und offene Grenzen: Für all diesen Irrsinn steht die SP. Seit die beiden bekennenden «Sozialist:innen» Cédric Wermuth und Mattea Meyer die Leitung übernommen haben, verliert die einstige Arbeiterpartei in allen Kantonen. Teilweise befindet sie sich im freien Fall.

Im Kanton Freiburg hat die SP jeden fünften Wähler und einen Regierungsratssitz verloren. Und das, obwohl die verlogenen Kartellmedien wie SRF oder der «Blick» die linke Parteipropaganda landesweit in der Endlosschleife wiederholen. Kein Tag ohne feministische Gender-Medienberichte, kaum eine Ausgabe ohne ein faktenloses Loblied auf die EU oder Tränen-drüsengeschichten über «Flüchtlinge». Vor allem der «Tages-Anzeiger», der sich in unfreiwilliger Komik «die unabhängige Tageszeitung» nennt, liest sich oft wie ein mieser Presstext aus der SP-Parteizentrale.

Und doch: Die SP fährt historisch schlechte Ergebnisse ein. Wären der sogenannte Frauenstreik oder

## Hinter feindlichen Linien

der Gender-Gaga reale Anliegen aus der Bevölkerung und nicht nur Medienerzeugnisse, so müsste die Partei eigentlich einen Höhenflug hinlegen. Aber der normale Bürger will sich nicht mit dem idiotischen Konstrukt von 72 verschiedenen «Geschlechtern» auseinandersetzen. Niemand spricht oder schreibt im Alltag gendergerecht. Die ewige Rassismus-Keule und Opferrollen von besonders sensiblen Gutmenschen nerven einen Grossteil der Bevölkerung gewaltig. Und genau deshalb fährt die SP eine Niederlage nach der andern ein.

Der normale Bürger will einen sicheren Arbeitsplatz, freies Unternehmertum, weniger Steuern und Abgaben, ein funktionierendes Verkehrssystem, Sicherheit für sich und seine Familie, Freiheit, Lebensfreude und Offenheit. Die Linken hingegen wollen Denk- und Sprechverbote. Sie stehen für ein «Gutmenschen»-Spiessertum, das Genuss für verdächtig und Konsum für verächtlich hält und die Menschen sozialistisch umerziehen will. Das findet kaum jemand gut. Der linke Zeitgeist schafft sich gerade selbst ab.

*Samuel Balsiger*

*Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.*

Die vermeintlichen Weltretter wähen sich über dem Gesetz

# Respekt gegenüber der Polizei

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Ist der Respekt gegenüber der Polizei erst mal weg, dann braucht es grosse Anstrengungen, diesen wieder zu erwerben. Diese Problematik erleben seit einiger Zeit fast alle grossen Polizeikörper der Schweiz.



Vor allem jene Polizeiorganisationen sind betroffen, welche im städtisch-urbanen Bereich ihre Arbeit verrichten. Jeder ist davon überzeugt, dass er selbst weiss, was für ihn richtig ist, gepaart mit einer Überdosis Egoismus. Es muss jedoch festgehalten werden, dass gerade bei städtischen Polizeikörpern die durchwegs links-grüne Politik mit dazu beigetragen hat,

dass die Polizisten für viele Bewohner einerseits für alle Probleme den Kopf hinhalten müssen, um dann für exakt die gleichen Leute der Schuhabstreifer zu sein.

## Lobpreisung des Velos

Sinnbildlich für dieses Malaise ist beispielsweise die Velo-Situation in Basel. Seit Jahren wird in der Stadt am Rheinknie der motorisierte Individualverkehr ver-teufelt, Autofahrer werden mit kleinlichen Regelungen gepiesakt, und gleichzeitig wird das Velo in den Himmel gepriesen. Die negativen Auswirkungen des Velobooms sind in anderen Schweizer Städten – namentlich in Zürich – in etwa gleich. Gerade in Zürich setzt die Politik an jedem letzten Freitag des Monats das Strassenverkehrsgesetz ausser Kraft, damit die Klima-Fantasten ihrem Hobby «Weltrettung» nachgehen und den Freitagsverkehr lahmlegen können.

## 2G: gesetzlos und gefährlich

In Basel ist nun nach jahrelanger Heiligsprechung des Drahtesels ernüchternd festzustellen, dass sich ein enorm grosser Teil der Velofahrenden und Velofahrer\*Innen (vulgo Velofahrer – generisches Maskulinum) keinen Deut um die Strassenverkehrsregeln kümmert. Dieses Mal geht es nicht um das Coronobedingte 2G sondern um das Fahrrad-2G (gesetzlos und gefährlich).

A propos gefährlich: Wenn irgendwo ein Velofahrer verunfallt, wird in der Öffentlichkeit nie darüber debattiert, wer Schuld daran trägt, sondern es wird in einer Anfangsphase getrauert, um dann blitzartig in den Forderungsmodus zu wechseln. Natürlich hat ein Velofahrer bei einem Unfall mit einem Auto, Lastwagen oder Tramzug durchwegs schlechte Karten. Allerdings sollte sich jedermann diese Erkenntnis verinnerlicht haben, bevor er oder sie sich aufs Rad schwingt.

Es ist sicher sinnvoll, bei neuralgischen Punkten die Verkehrssicherheit baulich oder Signal-technisch zu optimieren und dadurch Unfälle zu vermeiden. Es kann aber nicht sein, dass nach jedem Fahrradunfall das gesamte Strassennetz zum wiederholten Mal verändert und angepasst wird.

## In der Anonymität

Jetzt reklamiert in Basel nachvollziehbar die Polizei, weil Velokontrollen vielfach nicht funktionieren oder oft zu unschönen Situationen führen. Da Fahrräder keine Nummernschilder haben und somit der Anonymität Vorschub leisten, kann man bei der verbotenen Fahrt durch die Fussgängerzone oder auf dem Trottoir dem Polizisten auf Fusspatrouille, von welchem man zum Anhalten aufgefordert wird, die lange Nase machen und davonradeln. Wenn es dann trotzdem zu einer Verkehrskontrolle kommt, läuft die Polizei noch Gefahr, vom Fahrradfahrer beschimpft und angepöbelt zu werden.

Der über viele Jahre mit Lobpreisungen überhäufte Biker empfindet es nachvollziehbar als impertinente Frechheit, als Falschfahrer eine Busse zu bezahlen zu müssen, zumal seiner Auffassung nach mit jedem Tritt in die Pedale das Klima – ja die ganze Welt – gerettet wird. Derart von der links-grünen Politik verhätschelt, dürfte es für die Polizei schwierig werden, die Radler-Gilde zumindest etwas umzuerziehen, damit ein SVG-konformes Miteinander auf der Strasse wieder möglich wird.

Letztendlich wird sich die Polizei die notwendige Portion Respekt verschaffen müssen, was bei vielen urbanen Fahrradfahrern, oder gar bei Kistenvelo-Fahrern, sehr anspruchsvoll sein dürfte. Die Polizei gegen Anhänger des Klimamaskottchens Greta – eine fürwahr schwierige Ausgangslage mit hohem Streitpotenzial.

Markus Melzl

## Churz & Bündig

Geht es nach Baerbock, geht es zu wie in der DDR. Offen sprechen kann man nur noch zu Hause oder unter engsten Freunden – am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder an der Uni gelten die staatlichen Sprechvorschriften und Denkverbote. Die innere Emigration wird wieder Bürgertugend. (Tichys Einblick, 10/21)



Eine ganzheitliche Risiko-Analyse tut not

# Die gescheiterte Energiepolitik

von Michael Trachsel, Kampagnenchef Schweizerzeit, Feuerthalen ZH

Selbst die zuständigen Bundestellen kommen nun zum Schluss, dass die «Energiestrategie 2050» bereits im Jahr 2025 eine drohende Energiekrise für die Schweiz bedeuten kann.



Eine langandauernde Strommangellage gehört gemäss der im Jahre 2020 erstellten nationalen Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS zu den drei grössten Risiken in der Schweiz. Die Eintretenswahrscheinlichkeit ist hoch und das Schadenpotential immens. Die Kosten für einen flächendeckenden Stromausfall während nur dreissig Minuten, verursacht gemäss einer Studie des Bundes Kosten zwischen 250 bis 900 Mio. Schweizer Franken.

## Ideologisches Ziel

Mit Blick auf die Zahlen und Fakten zur Strom- und Energiebilanz ist bis heute nicht erkennbar, wie im Rahmen der «Energiestrategie 2050» künftig genügend Strom bereitgestellt werden soll. Das ideologische Ziel des Bundesrates von einer klimaneutralen Schweiz bis 2050 bedeutet, dass der Strombedarf aufgrund der Elektrifizierung des Verkehrs und für Heizzwecke um mindestens 25 Prozent zunehmen wird. Zusammen mit dem zu erwartenden Verbrauchsanstieg, mitunter verursacht durch die anhaltende Zuwanderung in die Schweiz, sowie der geplanten Ausserbetriebnahme der Kernkraftwerke, müssen bis ins Jahr 2050 rund 40 Terawattstunden (TWh) Stromproduktion ersetzt werden. Dies soll mittels des Zubaus von «Erneuerbaren» und der Effizienzsteigerung bewerkstelligt werden?!

Der Stromverbrauch der Schweiz lag im Jahr 2020 bei rund 55 TWh (mit einem pandemiebedingten Rückgang), was rund einem Viertel des gesamten Energieverbrauches der Schweiz entspricht. Der im Jahr 2020 in der Schweiz produzierte Strom stammte zu 58,1 Prozent aus der Wasserkraft, die Kernkraftwerke sind zu 32,9 Prozent und die konventionell-thermischen und erneuerbaren Anlagen zu neun Prozent beteiligt. Gegenüber heute müsste die Stromproduktion mittels «Erneuerbaren» bis ins Jahr 2050 um das 8-fache erhöht werden! Selbst wenn die Kapazitäten entsprechend hochgefahren werden könnten: Weder Sonne noch Wind nehmen bekanntlich Rücksicht auf den volatilen Strombedarf. Der Monat November 2021 mit tagelangem Hochnebel und gleichzeitiger Windstille, insbesondere auch im Zürcher Weinland, hat das bestätigt.

## Gescheiterte «Energiestrategie 2050»

Es ist in der Zwischenzeit offensichtlich: Die «Energiestrategie 2050» ist gescheitert und hat mit Realpolitik

nichts zu tun. Sie ist schlicht unrealistisch und setzt Bevölkerung und Wirtschaft in der Schweiz grossen Risiken aus, indem die Versorgungssicherheit nicht nachhaltig garantiert werden kann.

## Richtungswechsel

Aufgrund dieser durch diverse offizielle Studien belegten Ausgangslage fordert die SVP einen dringenden Richtungswechsel im Bereich der Energiepolitik. Eine umweltfreundliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung muss angestrebt werden. Dabei soll der Fokus auf eine CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion gelegt werden. Die Wasser- und Kernkraft sollen die verlässlichen Grundpfeiler der Schweizer Stromversorgung bleiben, wobei die Laufzeiten der bestehenden klimafreundlichen Kernkraftwerke zu verlängern sind. Zusätzlich soll der Bau von Kernkraftwerken der neusten Generation ergebnisoffen analysiert und der Ausbau der Wasserkraft umgesetzt werden. Die Stromproduktion hat sich an den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Umweltfreundlichkeit und Unabhängigkeit vom Ausland zu orientieren. Alternative Energieträger müssen sich ohne staatliche Subventionen im Markt behaupten, gleichzeitig ist die Innovation von bestehenden Technologien voranzutreiben.

Weder die Bevölkerung noch die Wirtschaft kann sich eine Strommangellage oder gar einen Blackout leisten. Wer etwas anderes behauptet, hat keine ganzheitliche Risikoanalyse gemacht.

Michael Trachsel

## Churz & Bündig

Angebliche Vertreter angeblicher Kleinverlage schlagen die Werbetrommel für die massive Subventionierung der grossen Tageszeitungen der Grossverlage – wie das per Medienförderungsvorlage (Volksabstimmung am 13. Februar 2022) durchgesetzt werden soll. Wer nur bezahlt diesen angeblich am Hungertuch nagenden Vertretern der Kleinverlage die Kampagne? Etwa die Milliardäre der Grossverlage?

\*

Frankreich und Italien haben mit Spitze gegen Deutschland innerhalb der EU einen «Sonderbund» vereinbart. Er dürfte, mutmassen wir, lediglich zwei Wörter umfassen: «Deutsche, zahlt!»

us

## Politisch korrekt



Kulturmarxisten, also Linke, Grüne und ihre naiven «bürgerlichen» Unterstützer, haben es geschafft, dass sich politische Korrektheit als linkes Meinungsmonopol auch bei uns etabliert hat.

• An der St. Galler Spisergasse steht das Haus zum Mohrenkopf mit der Büste einer Afrikanerin an der Fassade, die von den meisten Betrachtern als schön, allenfalls exotisch, keinesfalls aber als rassistisch-herabwürdigend empfunden wird. Anders sieht das die Psychologiestudentin Samantha Wanjiru, Aktivistin der Black-Lives-Matter-Bewegung. Der Anblick sei für sie ein Schockerlebnis mit Herzrasen und einem dumpfen Gefühl in der Magengegend. Sie werde beim Vorbeigehen schmerzlich erinnert, anders zu sein. Darin kein Ärgernis zu sehen, sei ein Privileg der Ignoranz.

• In Deutschland ist nun eine linke Regierung mit weiterem Ausbau der Schulden- und Haftungsunion und

fortgesetzter Masseneinwanderung von Afrikanern und Moslems gebildet worden. Dabei hätte es eine bürgerliche Mehrheit von CDU/CSU, FDP und AfD gegeben, um den masochistischen und gegen vernünftige Interessen der Deutschen gerichteten Kurs der Merkel-Ära umzudrehen. Den Linken und «bürgerlichen» Mitläufern ist es gelungen, die AfD frühzeitig als koalitionsunwürdige Naziartei erfolgreich zu diffamieren. Zugegeben, sie hat einige Spinner und braune Socken in ihren Reihen, gibt sich aber Mühe, diese loszuwerden.

Wo liegt der Zusammenhang? Es geht bei beiden Ereignissen im Kern um Ausbau und Zementierung linker Pfründen, linker Macht und linker Deutungshoheit mit Korrektheitsterror und Cancel-Kultur. Mit der Empörungsbewirtschaftung einer angeblichen Rassendiskriminierung soll von der staatlich geförderten illegalen Masseneinwanderung von Moslems und Afrikanern abgelenkt werden.

Mit der politischen Ächtung der AfD wird in Deutschland entgegen den Interessen der bürgerlichen Mehrheit eine Zwangskoalition mit links-grüner Dominanz etabliert und garantiert.

Markus Eckstein, Goldach SG



## Vom Muslim zum Antisemiten

Mit dreiundzwanzig Jahren kam ich 1992 aus Algerien als indoktriniertes Antisemit nach Deutschland. Ich war zum Hass gegen Juden erzogen worden. Der Grundsatz hiess: Die Juden sind die Täter, die Muslime sind die Opfer. Diese Dualität bestimmt das Handeln vieler Muslime. Die Erziehung in den Moscheen, in den Schulen und Hochschulen ist bis heute darauf bedacht, dass die Kinder im Hass gegen die Juden und Israel erzogen werden. Als Kinder spielten wir wild vor unseren Häusern. Der Vater meines Freundes, der uns dabei erwischte, meinte zu seinem Sohn: «Habe ich dir nicht gesagt, dass du mit dem Sohn des Juden nicht spielen darfst?» Wenn man sich abweichend von den Normen verhielt, bekam man zu hören: «Du verhältst dich wie ein Jude – hör auf damit!»

Jeden Freitag beendete unser Imam seine Predigt mit dem Bittgebet: «Möge Allah die verfluchten Juden erniedrigen und zerstören!» Dieses Bittgebet wird am Freitag bis heute in den Moscheen arabischer Länder wiederholt. So wird eine Kultur des Hasses gepredigt. Die Ächtung der Juden dient als Projektionsfläche für die Ängste der Menschen, damit ihre Aufmerksamkeit von den realen politischen und wirtschaftlichen Problemen abgelenkt wird. Die islamische Kultur ist ohne die Feindbilder Jude und Israel nicht überlebensfähig. Die angebliche Schuld der Juden (und des Westens) setzt die eigene Übernahme von Verantwortung ausser Kraft.

Abdel-Hakim Ourghi, Islamwissenschaftler; vertritt einen liberal-aufgeklärten Islam (gemäss «NZZ»)

## «Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

**<<DIE EU HÄTTE ANGESICHTS IHRER UNDEMOKRATISCHEN STRUKTUR NIEMALS DIE CHANCE, DER EU BEIZUTRETEN.>>**

Diese Aussage stammt von:

- A Boris Johnson, Premierminister Grossbritanniens;
- B Jean-Claude Juncker, ehem. Kommissionspräsident der EU;
- C Roger Köppel, Chefredaktor «Weltwoche»;
- D Martin Schulz, ehemaliger Präsident des EU-Parlaments, gescheiterter Kanzlerkandidat.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Freitag, 10. Dezember 2021**, an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer Schweizerzeit-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem Schweizerzeit-Verlagsleiter Ulrich Schlier als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 24 vom 17. Dezember 2021.

# Büchertisch

**SPECIAL**  
Geschenkbücher

Unsere Meistverkauften 2021

## Ich bestelle:

### Corona – Fehlalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

**Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi**

Brisante, sorgfältig recherchierte Information.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 20.80

### Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

**Daniel Regli**

Die Staatsbürokratie, die Kirchen und die Bürgerinnen und Bürger.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.50

### Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

**Beat Kappeler**

Wie bürokratische Gleichschaltung die Wirtschaft der EU immer weiter in Rückstand gegenüber USA und Fernost bringt.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.60

### Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

**Dr. C. E. Nyder**

Weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25

### «Wir schaffen das»

Erläuterungen zum politischen Wunschenken

**Thilo Sarrazin**

Wie die ganze Bevölkerung ausbaden muss, was die Classe politique verkachelt.

LangenMüller, München 2021, 179 S., geb., (Richtpreis Fr. 26.90)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 24.20

### Wer hat Angst vor Tell?

Unzeitgemässes zur Demokratie

**Oliver Zimmer**

Der Schweizer Historiker Oliver Zimmer bekleidet eine Professur in Oxford. Eine interessante und bereichernde Studie zur Auseinandersetzung mit dem offensichtlichen Linksdrall in hiesigen Historiker-Fachschaften. Besonders interessant in diesem neuen Buch sind Zimmers Überlegungen zum EU-Gerichtshof.

Echtzeit, Basel 2020, 181 S., brosch., (Richtpreis Fr. 29.–)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

### Unerwünschte Wahrheiten

Was Sie über den Klimawandel wissen sollten

**Fritz Vahrenholt, Sebastian Lüning**

Seit die Menschheit das Klima wahrnimmt, ist das Klima Veränderungen unterworfen. Die behauptete Abhängigkeit der Temperatur vom CO<sub>2</sub>-Ausstoss ist nicht belegbar.

LangenMüller, München 2020, 347 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.50

## Und das meistverkaufte Hörbuch



### Winston Churchill – der späte Held



Eine Biografie

**Thomas Kielinger**

Eine hervorragende neue Biografie des bedeutendsten Staatsmanns des 20. Jahrhunderts. Er stellte die entscheidende Weiche zur Niederringung Adolf Hitlers.

Bonnevoice Hörbuchverlag/C. H. Beck, München 2014/2019, 2 MP3-CDs, Laufzeit 700 Min., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.40

## Absender

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift

### Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 28)

# Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Auch unter dem neuen Auns-Päsidenten Pirmin Schwander (ab dem 1. Januar 2004) wollen wir die «Blochersche Schlagkraft» für eine selbstbestimmte, erfolgreiche Schweiz unter allen Umständen beibehalten. Zudem wollen wir so rasch als möglich die «magische» Zahl von 50'000 Mitgliedern erreichen, um mit noch mehr Köpfen unseren Anliegen noch besser zum Durchbruch zu verhelfen.



Wir sind überzeugt: Die Auns als überparteiliche Volksbewegung, die kompromisslos für die schweizerische Unabhängigkeit und Neutralität kämpft, ist noch wichtiger geworden, seitdem die SVP stärker im Bundesrat eingebunden ist. Denn die SVP wird nun vermehrt Kompromisse eingehen müssen. Unser Hauptziel bleibt die Verhinderung eines EU-Beitritts – und selbstverständlich treten wir auch gegen dessen «Vorstufen»

Schengen und erweiterte Personenfreizügigkeit an.

- Einerseits prangern wir die **Schengen-Schönrednerie** des Bundesrates an. Noch 1999 hat der Bundesrat in seiner «Botschaft zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG» vom 23. Juni 1999 wörtlich festgehalten, „dass solche Verhandlungen für jene Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind: Zollunion, Währungsunion, **Schengen(!)**, Aussenhandels- und Sicherheitspolitik.
- Gleichzeitig warnen wir vor der **erweiterten Personenfreizügigkeit**. Denn Brüssel verlangt, dass wir die für die 15 «alten» EU-Staaten gültige Freizügigkeit auch auf die zehn neuen Oststaaten Polen, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei und Zypern ausweiten. In diesen Ländern herrscht damals (Stand 2002) eine Arbeitslosigkeit zwischen 5,3 (Zypern) und 20 Prozent (Polen), und die Wirtschaftsleistung pro Kopf (BIP) liegt zwischen 3'610 Euro (Lettland) und 14'550 Euro (Zypern).

**Zum Vergleich: Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz beträgt damals 2,5 Prozent, die jährliche Wirtschaftsleistung liegt bei 38'400 Euro pro Kopf. Das heisst: Unsere Löhne werden**

durch die praktisch freie Zuwanderung insbesondere von Billigarbeitern zwangsläufig unter Druck geraten, die Arbeitslosigkeit und die Sozial- und Arbeitslosenleistungen werden massiv steigen, und das Bildungsniveau an unseren Schulen wird absacken. Darüber verliert der Bundesrat natürlich kein Wort.

An der Auns-Mitgliederversammlung am 15. Mai 2004 wird Pirmin Schwander als Nachfolger von Christoph Blocher definitiv zum Präsidenten gewählt. Die über 1'000 Anwesenden bekräftigen das bereits 2003 beschlossene Schengen-Referendum und verabschieden einstimmig eine Resolution, die von jedem Mitglied des Bundesrates verlangt, ohne Wenn und Aber die Interessen der Schweiz zu vertreten. Der letzte Punkt der Resolution lautet im Wortlaut wie folgt:

«Im 200. Jubiläumjahr von Schillers Wilhelm Tell ruft die Auns dem Bundesrat den tief sinnigen schweizerischen Staatsmythos in Erinnerung: Tells Apfelschuss zeugt vom Widerstandsrecht und von der Widerstandskraft gegen Willkür, Unterdrückung, fremdes Recht und fremde Richter. Heute geht es um den Widerstand gegen den Schengen/EU-Beitritt, gegen Kleinmut und Anpassertum. Dazu brauchen die Bundesräte keine Armbrust, sondern Rückgrat, Heimatliebe und Respekt vor dem Volkswillen. Das verlangen wir von jedem Mitglied des Bundesrates!»

Bereits am 24. Juni 2004 führen wir eine weitere **Pressekonferenz** unter dem Titel «Schluss mit dem Schengen-Schwindel!» durch. Mit Nachdruck fordern wir vom Bundesrat und vom Parlament:

1. Schluss mit den bundesrätlichen Schengen-Manövern, die das Volk täuschen und anschwindeln. Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs.
2. Der Schengen-Beitritt ist dem obligatorischen Referendum zu unterstellen; andernfalls ergreift die Auns das Referendum.
3. Nach der Ablehnung des Schengen-Beitritts ist der technische Informationsaustausch mit der EU im Kriminalitäts- und Asylbereich zu prüfen.



Auns-Präsident Schwander vor dem «Schengener Gesslerhut», mit den Nationalräten (von links) Luzi Stamm, Hans Fehr und Christoph Mörgele.



Bundesrat Christoph Blocher übergibt das Amt des SVP-Kantonalpräsidenten an Peter Good.

Weil der neue Bundesrat **Christoph Blocher** nicht nur sein langjähriges Amt als Auns-Präsident (seit 1986) abgibt, sondern auch das Präsidium der SVP des Kantons Zürich (das er seit 1977 ausübt), braucht auch die Zürcher Kantonalpartei einen neuen Präsidenten.

Vorerst übernimmt **Rudolf Ackeret**, Bassersdorf, der bewährte 1. Vizepresident (und zugleich Präsident der Programmkommission) die Führung der Kantonalpartei ad interim. Gleichzeitig ist eine Findungskommission unter der Leitung von Nationalrat **Ernst Schibli**, Otelfingen,

an der Arbeit. Die Kommission schlägt schliesslich einstimmig und als alleinigen Kandidaten **Peter Good**, Kantonsrat und Gemeindepräsident aus Bauma, vor. Der 50-jährige Good wird an der Delegiertenversammlung vom 6. April 2004 in Bülach mit Bravour gewählt.

**Christoph Mörgeli** und **Ueli Maurer** würdigen anschliessend mit Scharfsinn und Witz die fast unglaublichen Leistungen von Christoph Blocher für die Zürcher bzw. die nationale SVP. Kernaussagen: «Unter Christoph Blocher hat die Zürcher SVP ihren Wähleranteil verdreifacht, und im schicksalhaften EWR-Kampf hat er bis an den Rand der Erschöpfung gekämpft – und unser Land vor dem EU-Beitritt bewahrt.

Von kaum zu überschätzender Wirkung erwies sich 1997 auch Christoph Blochers Eingreifen in die international geführte Kontroverse um das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Seine «Klarstellungen», haben erheblich dazu beigetragen, dass unsere Regierung und das Schweizervolk die Erpressungsversuche und die masslose Selbstanklage überwunden und zum aufrechten Gang zurückgefunden haben.»

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich unterstütze die Schweizerzeit mit einem Kampfbeitrag von 100 Franken (Magazin 80, Aktionen 20 Franken)

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Mit der Bezahlung des Kampfbeitrags erhalten Sie vollen Zutritt vom Schweizerzeit-Online-Auftritt (inkl. Online-Ausgabe der Schweizerzeit). Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Mailadresse mit via [www.schweizerzeit.ch](http://www.schweizerzeit.ch)

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

### AUS GRENDMEIERS

### <<REICH DER MENSCHEN>>



#### Schlaraffenland

Was man – dank unsrer Bibel – ziemlich sicher weiss: Die ersten Menschen lebten einst im Paradies, wo sie sich während vielen Jahren nach Belieben vegan und fromm im Müssiggang die Zeit vertrieben.

Ein einziges Verbot war ihnen aufgetragen, doch jener Apfel liess die zwei total versagen: Die Folgen sind nun wirklich allgemein bekannt: Sie wurden sofort aus dem Paradies verbannt!

In unsrer Zeit gilt umgekehrt ganz allgemein: Die Menschen wandern in Schlaraffenländer ein, wo sie – was sehr verständlich ist – für immer bleiben, und selbst die Götter können sie nicht mehr vertreiben!

## Die «Schweizerzeit»-Agenda

Freitag, 3. Dezember 2021, 19.30 Uhr

### Fondue Chinoise

Traditionelles Jahresabschlussessen für Gönner und Sympathisanten zum Spezialpreise von Fr. 39.99 (Lehrlinge/Studenten Fr. 29.99)  
Restaurant Kleefeld, Mädergutstrasse 5, 3018 Bern-Bümpliz  
Veranstalterin: Junge SVP Kanton Bern

# Büchertisch

## AKTUELL



### Schweizer Armee in der Konzeptions-Sackgasse

Mit oder ohne Ausweg?

**Dr. iur. Rudolf P. Schaub**

Der Autor, Oberstleutnant aD, kritisiert in den letzten Jahren realisierte Armee-Reformen scharf und gründlich. Er geht aber nicht nur mit den Reformern hart ins Gericht

– er zeigt auch Wege, wie die Armee ihre unverzichtbare Abschreckungswirkung wieder erlangen kann.

Aktiv-Verlag, Stans 2021, 120 S., geb., (Richtpreis Fr. 38.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.20



### Die Selbstgerechten

Mein Gegenprojekt – für Gemeinnutz und Zusammenhalt

**Sahra Wagenknecht**

Die Autorin, Fraktionschefin und Vize-Vorsitzende der deutschen Partei «Die Linke», steht politisch tatsächlich dezidiert links. In Ihrem neuen Buch rechnet sie in-

dessen in einer Art und Weise mit den Cüpli-Sozialisten und ihrer Selbstgerechtigkeit ab, die einmalig ist. Lesenswert! Auch zur Unterscheidung von echtem und Lifestyle-Sozialismus.

Campus-Verlag, Frankfurt/Main 2021, 345 S., geb., (Richtpreis Fr. 35.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30



### Ausbrecherkönig Stürm

Im Gefängnis der Lügen

**Reto Kohler**

«Die Karriere» jenes Serientäters, der von der politischen Linken zum Freiheitshelden emporgehoben worden ist. Der Autor entlarvt ihn als allein von egoistischen Motiven getriebenen Verbrecher – alles andere

als ein Freiheitsheld.

Zytglogge/Schwabe, Basel 2021, 354 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 36.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.40



### Liberalismus 2.0

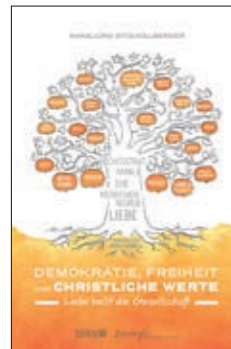
Wie neue Technologien der Freiheit Auftrieb verleihen

**Olivier Kessler (Hrsg.)**

Corona hat den Verstaatlichern enormen Auftrieb verliehen. Wer an freier, erfolgreicher Wirtschaft interessiert ist, muss Gegensteuer geben. Eine Neuerscheinung mit

Beiträgen verschiedener Autoren zeigt, was technische Errungenschaften versprechen, wenn die Freiheit, sie umzusetzen, nicht abgewürgt wird.

Liberales Institut, Zürich 2021, 224 S., brosch., (Richtpreis Fr. 24.80)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.30



### Demokratie, Freiheit und christliche Werte

Rechtsstaat, Familie, Ehe, Menschenwürde, Liebe

**Hansjürg Stückelberger**

Der langjährige, charismatische Präsident der Stiftung Zukunft CH fast seine im Glauben wurzelnden Überzeugungen zusammen: Demokratie, Freiheit und Menschenwürde sind nur von Dauer, wenn sie auf dem Fundament des christlichen Glaubens ruhen.

Estras/Zukunft CH, 213 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 18.45



### Der Energie-Irrtum

Warum Edgas und Erdöl unerschöpflich sind

**Hans-Joachim Zillmer**

Dass CO<sub>2</sub> den Untergang der Erde bewirken könne, wird heute von den Medien mit linksgrünem Eifer als Dogma verbreitet. Deren Denksystem, das Klimamodell des

Weltklimarats bestimmend, wird vom Autor widerlegt. Ein Buch, das angesichts der von Energie-Dogmen heimgesuchten Welt Pflichtlektüre sein sollte.

LangenMüller, München 2020 (2009), 335 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.50

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

## HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



### Wie mit Gabeln aufs Wasser geschrieben

**Michail Sostschenko**

Dass unter kommunistischer Fuchtel in der Sowjetunion seinerzeit je gelacht wurde, erscheint hierzulande vielen als unwahrscheinlich.

Der Autor, Satiriker, präsentiert Geschichten aus dem Kommunismus, die bestens unterhalten, weil sie oft martialische Ideologie ganz unmittelbar mit der Wirklichkeit konfrontieren, wo Ideologie an den Alltagsproblemen regelrecht abprallt. Was die Zuhörer zum Schmunzeln bringt, Diktatoren dagegen der Weissglut ausgeliefert hat.

Bis zum Ausschluss aus dem sowjetischen Schriftstellerverband war Sostschenko der meistgelesene Autor in der Sowjetunion.

Hörkultur, 1 Mp3-CD, Hördauer 242 Minuten, (Richtpreis Fr. 24.20)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.80

Hörbücher: Erheiternde Unterhaltung auf langen Autofahrten und anregende Medizin gegen Stau-Ärger.

## BUCHZEICHEN



### Blackout

*Morgen ist es zu spät – Roman*

**Marc Elsberg**

Eine keineswegs weihnachtliche, indessen höchst spannende Lektüre, die Sie sich über die Festtage nicht entgehen lassen sollten.

Äusserst anschaulich, ja erschreckend realistisch schildert Elsberg, auf was die Menschheit zusteuert, wenn sie die heute ihre Existenz sichernde Wirtschaft den leichtfertigen Energietheorien von Rot-Grün aussetzt, so wie das jetzt in Deutschland zu geschehen droht.

In Romanform schildert dieses Buch, was sich die Menschheit einbrockt, wenn sie die physikalischen Gesetze, die zur Energiegewinnung und Energieverteilung unabdingbar eingehalten werden müssen, den Ideologen von Rot-Grün opfert. Blackout ist die gefährlichste Katastrophe überhaupt, die der Menschheit heute droht.

Bianvalet, München 2021/(2013), 228 S., brosch., (Richtpreis Fr 17.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 16.10

## Bestellschein

### Aktuell

- |                          |   |             |
|--------------------------|---|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Dr. iur. Rudolf P. Schaub – Schweizer Armee ... | à Fr. 34.20 |
| <input type="checkbox"/> | Sahra Wagenknecht – Die Selbstgerechten         | à Fr. 32.30 |
| <input type="checkbox"/> | Reto Kohler – Ausbrecherkönig Sturm             | à Fr. 32.40 |
| <input type="checkbox"/> | Olivier Kessler – Liberalismus 2.0              | à Fr. 22.30 |
| <input type="checkbox"/> | Hansjörg Stückelberger – Demokratie ...         | à Fr. 18.45 |
| <input type="checkbox"/> | Hans-Joachim Zillmer – Der Energie-Irrtum       | à Fr. 30.50 |

### Hörbuch

- |                          |  |             |
|--------------------------|--|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Michail Sostschenko – Wie mit Gabeln ... | à Fr. 21.80 |
|--------------------------|--|-------------|

### Buchzeichen

- |                          |                         |             |
|--------------------------|-------------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Marc Elsberg – Blackout | à Fr. 16.10 |
|--------------------------|-------------------------|-------------|

### Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, [buechertisch@schweizerzeit.ch](mailto:buechertisch@schweizerzeit.ch)

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(23/3.12.2021)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel.-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



# DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

TV-Sendungen und Kurzvideos

Die TV-Sendungen der Schweizerzeit sind vorderhand  
nur zu empfangen auf  
[www.schweizerzeit.ch](http://www.schweizerzeit.ch)

Jeden Freitag wird eine neue Sendung aufgeschaltet.

Am 3. Dezember:

**Die Schweiz und ihre Nationalbank**  
(mit Prof. Hans Geiger)

Auch die 3-Minuten-Videos der Schweizerzeit empfangen Sie via [www.schweizerzeit.ch](http://www.schweizerzeit.ch)

Die nächste «Schweizerzeit»  
erscheint am

**17. Dezember 2021**

**Schweizerzeit**

## Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Aktionen:** Michael Trachsel

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

[redaktion@schweizerzeit.ch](mailto:redaktion@schweizerzeit.ch)

[www.schweizerzeit.ch](http://www.schweizerzeit.ch)

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,  
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus  
Melzi, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,  
Isabel Villalon

**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, [info@dietschi.ch](mailto:info@dietschi.ch)

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Rückzug oder weitermachen?

62 Prozent der Stimmbevölkerung haben den Covid-Verschärfungen am 28. November zugestimmt. Ein überdeutliches Verdikt, das viele Aktivisten, die sich in den vergangenen Monaten mit beeindruckendem Einsatz für ein Nein stark gemacht haben – darunter wohl tausende «Neu-Erweckte» –, masslos enttäuscht. Es ist nichts als menschlich, dass unter ihnen Stimmen Oberhand gewinnen, die wutgeschwängert, laut und resigniert über einen Rückzug aus der politischen Teilhabe sinnieren.

Angesichts drohender «2G-Regel» und im Raum stehender Impfpflicht wird in Massnahmen skeptiker-Kreisen darüber diskutiert, eine «Parallelgesellschaft» aufzubauen. Es sollen neue Netzwerke entstehen, in denen sich Ungeimpfte frei entfalten können – mit eigenen Schulen, Geschäften und Medien, die sich in zivilem Ungehorsam der Spaltung der Gesellschaft widersetzen.

Die Fronten verhärten sich: Massnahmen-Fanatiker sehen den 28. November als Freipass, um die Schraube mit neuem Lockdown und 2G weiter anzuziehen. Teile der Gegenseite reagieren mit Trotz und verziehen sich in ihre Nischen. Das sind keine guten Vorzeichen für die angebrochene Adventszeit, die im Zeichen der Besinnung, Vergebung und Brüderlichkeit stehen sollte. Hat der Bundesrat die

Grösse, die von ihm mitverursachte Spaltung zu verringern und Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln, indem er auf das Nein-Lager zugeht und ein klares Ausstiegs-Szenario aus dem «Massnahmen-Regime» skizziert?

Von den Medienkonzernen ist wohl kein Beitrag für ein besseres Klima im Land zu erwarten. Allen voran geifert und pöbelt die Ringier-Presse munter weiter gegen alle, die sich vom bundesrätlichen Pandemie-Management nicht vertreten fühlen. Insofern ist es mir sympathisch, diesen Medien-Mainstream, der mit dem neuen Mediengesetz auch noch «Staatsknete» verlangt, durch gezieltere Anstrengungen zu konkurrenzieren.

Die Gründung von «Parallelgesellschaften» ist dennoch nicht wirklich eine Alternative. Wir können solche nicht bemängeln, wenn sie von Einwanderern und Muslimen ausgehen, uns aber selber in ebendiese flüchten, wenn wir das Gefühl haben, dass «alles den Bach runter» geht. Und Berset und Co. den Gefallen zu tun, sich aus der Politik zurückzuziehen, sollte erst recht nicht in Frage kommen – was aber nicht heisst, dass ziviler Ungehorsam im Extremfall auszuschliessen ist.

Anian Liebrand

**Schluss  
Punkt**